

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/158

20. August 1971

Brüssel muß weiter diskutieren

Die EWG braucht einen tragfähigen Kompromiß

Von Dr. Hans Apel MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestags-
fraktion

Seite 1 und 1a / 71 Zeilen

Berlin bleibt im Brennpunkt

Gespannte Aufmerksamkeit für Vier-Mächte-
Verhandlungen

Seite 2 / 48 Zeilen

Aktuelle Reportage im SPD-Pressediens

Polnische Impressionen 1971 (4. Fortsetzung)

Seite 3 und 4/ 99 Zeilen

Chefredaktion: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 8, Heussallee 2-10
Postfach: 9183
Presshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37-38
Telefax: 895 846/896 847/
53684 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Brüssel muß weiter diskutieren

Die EWG braucht einen tragfähigen Kompromiß

Von Dr. Hans Apel MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bündestagsfraktion

Im ersten Anlauf ist in Brüssel noch nie etwas zustande gekommen. Das gilt nun auch für den Versuch, eine gemeinsame Antwort auf die währungs- und handelspolitische Herausforderung der USA zu finden. Eigentlich konnte das niemanden verwundern. Tat sich die EWG bisher schon bei der Entwicklung einer nach innen gerichteten Wirtschaftspolitik schwer, so konnte es angesichts eines Problems von dieser Tragweite aufgrund der noch unterentwickelten politischen Integration der Mitgliedstaaten und ihrer unterschiedlichen ökonomischen und außenpolitischen Interessenlage höchstens zu einem ersten Meinungsaustausch und zu einem auf Dauer wohl kaum tragfähigen Kompromiß kommen.

Deshalb muß auf der Ebene der EWG weiter verhandelt werden. Denn,

- den USA bläst der Wind nicht mehr ins Gesicht. Sie können gelassen der weiteren handelspolitischen Entwicklung um sie herum entgegensehen;
- uns fehlt die Möglichkeit, uns mit nationalen Gegenmaßnahmen aus der Affaire zu ziehen. Unser Außenhandel wie die NATO als Basis unserer Ostpolitik würden dadurch lediglich schweren Schaden erleiden;
- unser Eigeninteresse wie unsere Solidarität mit den USA verlangen ein wirtschaftlich stabiles Nordamerika; und
- Westeuropa wie Japan warten auf EWG-Regelungen, denen sie sich anschließen können.

Es bleiben uns noch einige Wochen Zeit. Im September wird der Weltwährungsfonds zu einer entscheidenden Konferenz zusammentreffen. Die EWG kann dort nicht mit leeren Händen an den Verhandlungstisch mit den USA treten. Gerade die Partner in der

Gemeinschaft, die ihre Außenpolitik seit Jahren unter das Ziel einer gewissen Distanzierung von der US-Politik gestellt haben, müssen doch erkennen, daß uns ein kurzfristiger Wirtschaftsnationalismus in Europa teuer zu stehen kommen kann und den Traum von einem Europa als dritter Kraft ernsthaft gefährdet.

Es ist allerdings falsch, sich das Finden einer währungspolitischen Antwort der EWG zu leicht vorzustellen. Die Voraussetzungen für eine gemeinsame Währungspolitik der Gemeinschaft fehlen noch weitgehend. Das einfache "Festzurren" der Wechselkurse zwischen den EWG-Staaten durch Verringerung der Bandbreiten der nationalen Währungsparitäten würde unserer Stabilitätspolitik Probleme stellen und die Gefahr heraufbeschwören, daß sich die Inflationsraten der EWG-Staaten auf ein für uns ungewohnt hohes Niveau aneinander angleichen. Eine gemeinsame Konjunkturpolitik der EWG-Staaten ist aber nicht in Sicht. Zu groß sind die Meinungsverschiedenheiten über ihre grundsätzliche Ausrichtung.

Diese tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten können auch bis zur September-Konferenz kaum überwunden werden. Dazu hatte sich die EWG selbst ein ganzes Jahrzehnt bis Ende der 70er Jahre vorgenommen. Die notwendige EWG-Antwort auf die Maßnahmen der USA wird also keine allein ausreichende Basis für eine EWG-Währungspolitik schaffen können, denn sie müßte allerdings doch auf einem mehr an grundsätzlicher Übereinstimmung fußen.

Ihre Aufgabe wäre es:

- die Vollbeschäftigung, den freien Welthandel und die politische Solidarität im freien Westen zu erhalten;
- vagabundierendes Geld von uns fern zu halten, das den Inflationsprozeß anheizt und die Zahlungsbilanzprobleme akzentuiert;
- Ansätze für eine neue Reserveeinheit und eine bessere Funktionsfähigkeit des internationalen Weltwährungsfonds zu liefern; und
- zu einer baldigen Neubewertung der Währungsparitäten der wichtigsten Welthandelsländer zu führen.

Die von Prof. Karl Schiller auf vielen internationalen Währungskonferenzen vorgelegte Konzeption bietet dafür gute Ansätze. Sie hat auch bereits im Mai dieses Jahres in Hamburg den EWG-Wirtschafts- und Finanzministern vorgelegen.

Es wird nun in Brüssel weiter diskutiert werden müssen. Ein tragfähiger Kompromiß muß gefunden werden. Wir wollen die "Verinigten Staaten von Europa" und nicht das "Europa der Vereinigten Staaten".

(-/ex/20.8.1971/ks)

Berlin bleibt im Brennpunkt

Gespannte Aufmerksamkeit für Vier-Mächte-Verhandlungen

Nach dem 32. Gespräch der vier Botschafter im ehemaligen Kontrollratsgebäude scheinen die Berlin-Verhandlungen nun doch in eine entscheidende Phase getreten zu sein. In der Marathon-sitzung in der Nacht vom 18. zum 19. August konnte nach Meinung alliierter Kreise Einigung in sehr vielen wichtigen Fragen erreicht werden.

Bis zum Beginn der für den 23. August vorgesehenen nächsten Sitzung werden sich die Expertendelegationen der vier für Berlin Verantwortung tragenden Staaten sowohl mit den bereits formulierten Texten, aber auch mit der Konzipierung noch ausstehender Formulierungen beschäftigen. Beide Seiten - die drei Westmächte auf der einen und die Sowjetunion auf der anderen - sind bemüht, Formulierungen zu finden, die ihren Status als Siegermächte des Zweiten Weltkriegs unangetastet bleiben lassen, die Bedürfnisse der West-Berliner berücksichtigen und, von der Sowjetunion gefordert, dem Streben der DDR nach Souveränität entgegenzukommen. So ist die westliche Verhandlungsseite keinesfalls gewillt, eine Erklärung der Sowjets zu akzeptieren, daß die DDR bereit sei, den Verkehr auf den Zufahrtswegen nach Berlin störungsfrei zu gestatten. Die Westmächte bestehen darauf, daß nicht die DDR, sondern die Sowjetunion als Signatarmacht die freie, ungehinderte Zufahrt nach Berlin garantiert. Fragen dieser Art sind ebenso wichtig wie eine klare Definition der konsularischen und diplomatischen Vertretung der West-Berliner durch den Auswärtigen Dienst der Bundesrepublik. Darum fand im ehemaligen Kontrollratsgebäude im Berliner Kleistpark ein zähes Ringen zwischen den beteiligten Unterhändlern statt.

Trotzdem: Der Zwang zum Erfolg ist klar erkennbar. Alle, die am runden Tisch sitzen, wünschen eine Berlin-Regelung, die für alle befriedigend ist. Die Antwort auf die Frage, was befriedigend ist, in der jüngsten Vergangenheit oft gestellt, muß sich orientieren an dem, was die drei Westmächte dafür halten. Eine Konfrontation mit den Schutzmächten, die gleichzeitig die Alliierten der Bundesrepublik sind, könnte für Berlin Folgen haben. In diesem Zusammenhang sollte man auch nicht vergessen, daß die drei Westmächte gleichzeitig die Führungsmächte der NATO sind. Deshalb ist zu erwarten, daß nach der Unterzeichnung einer Berlin-Regelung der NATO-Rat diese Abmachung auf seiner nächsten Sitzung als befriedigend bezeichnen wird. Denn eine befriedigende Berlin-Regelung steht nicht nur in Zusammenhang mit der noch ausstehenden Ratifizierung des Gewaltverzichtsvertrages zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion, sondern auch mit der von der Sowjetunion gewünschten europäischen Sicherheitskonferenz.

Während der letzten NATO-Rats-Tagung ist eine Berlin-Regelung als Test für die Ernsthaftigkeit des sowjetischen Entspannungswillens erklärt worden. Sie ist also Voraussetzung nicht nur für die Ratifizierung des deutsch-sowjetischen Vertrages, sondern auch für das mögliche Zustandekommen einer europäischen Sicherheitskonferenz

(kfm/ex/20.8.1971/ks)

Aktuelle Reportage im SPD-Pressedienst

Polnische Impressionen 1971 (4. Fortsetzung)

Die Polen-Reise, über die hier berichtet wird, dauerte von Bonn bis Bonn etwa drei Wochen, der Tachometer zeigte zum Schluß rd. 5.000 Kilometer, die Fahrt ging hin über Prag, dann rund um das Land und zurück über Ost- und Westberlin. Der Staat, die Partei, Fremde und Freunde ermöglichten volle Bewegungsfreiheit und jeden Kontakt. Der Bericht versucht, Impressionen unmittelbar aus dem Erleben zu zeichnen.

Erhardt Eckert

Abends beim Fernsehen

Wir sitzen rund um den Fernsehapparat. In der Wohnung von Leuten, die man morgens kennengelernt hat. Polen sind gastfreundlich, sie improvisieren mit flinker, spendabler Hand ganze Gastmähler. Es wird viel politisiert, viel erzählt, gezeigt: Fotos von Warschau im Kriege, Winterurlaub in den Karpaten, Sommerurlaub an der Ostsee. Der gefallene Vater, die Tante in Amerika. Dazu Wein und Wodka.

Dann Fernsehen: Eine politische Premiere. Zum allererstenmal im polnischen "Telewizja" eine politische Fragestunde. Ein Zentralkomitee-Mitglied stellt sich den Zuschauern und Zuhörern. Ein technischer Apparat wie bei einer westlichen Supershow. Dutzende Telefone. Dutzende Mädchen. Eine ganze Crew Journalisten, die die Fragen sortieren, sich untereinander abstimmen. Und dann die Fragen. Der hohe Parteifunktionär mit Pokergesicht. Die Antworten kommen fließend, so fließend, daß man unruhig wird, rundheraus mißtrauisch: Ist das eine vorbereitete, abgesprochene Show? Die Freunde beruhigen lautstark: Aber nein, das ist echt, der kann das eben so. 99 vH. der Fragen Innenpolitik. Preise, Lebensmittelpreise, Mieten, Wohnungen, Arbeitsplätze, Preise, Autos, Textilien, Schuhe, Preise. Dazwischen horcht man bei der Frage auf: Warum liegen wir Polen mit unserer Flugzeugproduktion an vorletzter Stelle im Osten? Man schaut und horcht gespannt auf den Zentralkomitee-Mann am Fernsehschirm. Der verzieht wie immer keine Miene und antwortet postwendend: Weil Albanien gar keine Flugzeuge produziert. Um uns herum schallendes Gelächter. Wir lachen schließlich mit. Man lacht über uns. Am Fernsehschirm gehts weiter: Preise, Wohnungen, Lebensmittel, Preise. Es gibt nichts mehr zu lachen.

Botschafter in Polen

Ein alter Mann hat sich einige male umgedreht. Dann bleibt er stehen und spricht uns an: Wo kommen Sie denn her? RFN oder RDN? Die Antwort "aus Bonn" läßt ihn lächeln. Wir haben das so oft erlebt, daß uns diese Reaktion schließlich kaum noch auffällt. Nicht nur bei den Deutschen, wie bei diesem alten Mann in Kattowitz. Auch bei den Polen, von denen viel mehr deutsch sprechen als man vorher glauben wollte. Es gibt eine Lücke: So von 35, 30 abwärts bis Anfang der zwanziger Jahre. Die Älteren, von den Alten zu schweigen, und die Jüngeren können zumindest etwas radebrechen. Man steht selten hilflos da. Und wenn nur polnisch geantwortet wird, es ist immer liebenswürdig. Wir haben während dieser langen

Fahrt durch Polen kein zurückhaltendes oder böses Wort, keinen unfreundlichen Blick erleben müssen.

Nach der Herkunftsantwort "RFN" kommt früher oder später der Name Willy Brandt, der große Botschafter des guten Willens aus der Bundesrepublik, aus dem Westen Deutschlands. Sein Kniefall vor dem Judendenkmal in Warschau ist im letzten polnischen Dorf immer noch gegenwärtig. Diese ehrliche Geste tiefster Humanität bleibt als Verbindung zwischen den Menschen deutscher und polnischer Zunge bestehen. Sie erleichtert manche Diskussion, in der dann eben doch die Vergangenheit wieder auftaucht, weil man selbst nicht davon freikommt. Wo beim Gesprächspartner Mißtrauen auftaucht, ob die Versöhnungsbemühungen aus Bonn nicht nur Taktik sein könnten, fängt er sich doch wieder selbst in der Zuversicht, daß der Kanzler Brandt eine Gewähr für die Besserung der Beziehungen sei. Manchmal ist man besorgt, daß dieser Namen für allzuvielen herhalten muß, allzuvielen von dem zudecken muß, was in knappen, gefärbten Pressemeldungen über Vorgänge in der BRD noch schlimmer klingt als es wirklich gesagt worden sein mag. Die Vorstellung von dem, was in der BRD rechtsradikal oder revanchistisch sein könnte, ist auch bei sachlich-nüchternen Gesprächspartnern manchmal bedrückend übertrieben.

Aber wer sollte es ihnen verübeln? Nach acht, zehn Tagen merkt man auf einmal erschrocken, daß es kaum einen Menschen gibt, dessen Familie nicht furchtbar getroffen worden ist. Man weiß zwar zur Genüge über die Toten der eigenen Familie, des eigenen Volkes, über die schrecklichen Leiden des Krieges und des Nachkriegs im eigenen Bereich. Aber wer käme je noch einmal auf die Idee, auf- oder gegenrechnen zu wollen, wenn man in allen Gesprächen mit Polen von Familien hört, die halbiert oder noch höher dezimiert worden sind? Was nur bleibt, ist das stete Bemühen, auf und von beiden Seiten, mit allen Kräften, individuell und kollektiv, dafür Sorge zu tragen, daß nicht mehr über die Grenzen geschossen wird. Das feste Bekenntnis zu einer Friedensgrenze, selbst wenn die DDR-Nachbarn den Begriff erfunden haben, kann und darf die einzige Antwort sein. Man wird auch gegen sich selbst unerhört anspruchsvoll, wenn man durch des polnischen Nachbarn Land fährt und hört, sieht, lernt, erfährt, was die Polen wollen: In Frieden arbeiten zu können, besser leben zu können, mit Deutschen reden zu können, die auch nichts anders wollen, mit Deutschen aus dem Westen, mit denen man jetzt doch auch einen Vertrag hat.

Wem das in der BRD zu romantisch, zu naiv, zu unpolitisch klingt, der sollte nach Polen fahren, als einfacher Tourist. So schwer das im Augenblick aus formellen und materiellen Gründen auch noch ist, aber es geht schon. Als Tourist fahren, als Tourist leben, als Tourist essen und trinken, als Tourist reden: Mit den polnischen Nachbarn am Gasthaus-Nebentisch, auf der Straße, in der Hotelhalle, im Geschäft, am Markt, in der Straßenbahn, im Theater. Irgendeiner ist immer da, der deutsch spricht und der sich freut, mit einem Deutschen reden zu können, mit einem Deutschen aus der NRF, aus dem Westen. Und bei jedem Gespräch ist man ein Botschafter. Man wird bald wissen, was das heißt und welche Verantwortung man immer mit sich trägt. Es ist wichtig und gut, nach Polen zu fahren.

+ + +

(5. Fortsetzung und Schluß folgt am 23. August 1971)